

Auszug - Antrag der Piraten-Ratsfraktion betr.: "Unabhängige Sachverständige in den Finanzausschuss"

(Notiz für Aktenmappe)



Ratsinfo

Startseite
Aktenmappe
abmelden

Stammdaten

Rat
Verwaltungsausschuss
Ausschüsse
Ortsräte
Aufsichtsräte, etc.
Sonstige Gremien
Fraktionen/Gruppen
Organisationseinheiten

Sitzungen

Sitzungskalender
eingeladen
Übersicht
Mitarbeit

Vorlagen

offen
Übersicht

Recherche

Textrecherche
Sitzungsteilnehmer
Geburtstagsliste

Haushaltssicherungskonzept

Ratsbeschluss 9.6.2010

Personalentwicklungskonzept

PEK-2013

Haushalt 2013/2014

Haushalt 2013/2014
Tabelle
Tabelle-Investitionen
Abkürzungen
Abkürzungsverzeichnis

Haushalt 2015

Hh.planentwurf_2015
Excel-Tabelle
IVP-26-9-14

Haushalt 2016

Hh.planentwurf_2016
Excel-Tabelle
IVP-25-09-15

Beteiligungsberichte

Beteiligungsbericht 2011
Beteiligungsbericht 2012
Beteiligungsbericht 2013

Controllingreport

Stichtag: 31.07.2014
Stichtag: 31.12.2014
Stichtag: 31.08.2015
Stichtag: 31.12.2015

RBK (Stand: 06/2016)

Ewige-Liste-Stand-06-2016

Links

TO

39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Göttingen

Wortprotokoll
Abstimmungsergebnis
Beschluss

TOP:

Ö 8

Gremium:

Rat

Beschlussart: abgelehnt

Datum:

Fr, 15.04.2016

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit:

16:35 - 19:57

Anlass: Ordentliche Sitzung

Piraten/0044/16

BE

Antrag der
Piraten-
Ratsfraktion betr.:
"Unabhängige
Sachverständige
in den
Finanzausschuss"

VO

Status:

öffentlich

Vorlage-Art: Beschlussvorlage/sonstige
Vorlage

Federführend:

Piraten-
Ratsfraktion

Beteiligt: 01-Referat des
Oberbürgermeisters
-01.6-Ratsangelegenheiten

Dezernat A - Finanzen,
Ordnung und Feuerwehr
20-Fachbereich Finanzen

Nachdem sie die Sitzungsleitung wieder übernommen hat teilt Ratsvorsitzende Frau Bank mit, dass der Verwaltungsausschuss empfohlen habe, über diesen Antrag direkt zu beschließen.

Sodann begründet Ratsherr Rieth den folgenden Antrag:

„Der Rat möge beschließen:

In den Finanzausschuss werden zur nächsten Ratsperiode zwei unabhängige beratende Mitglieder berufen.“

Ratsherr Rieth teilt u.a mit, dass in allen anderen Ausschüssen des Rates ca. 30 verschiedene Sachverständige als beratende Mitglieder berufen worden seien. Im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr beschränke sich diese Beratung auf den Stadtbrandmeister in Feuerwehrfragen. Für die Themen „Wirtschaft“ und „Finanzen“ fehle es jedoch an beratenden Mitgliedern.

Die Piraten-Ratsfraktion halte es für geboten, unabhängige Bürgerinnen und Bürger für eine vernünftige Meinungsbildung hierzu in den Ausschuss zu berufen. Kommunalpolitik sei konzeptionell mit „Laien“ besetzt. Auch wenn durchaus Fachleute aus dem Rat in den jeweiligen Gremien Mitglieder sein können, sei das nicht unbedingt zu erwarten. Auch fachliche Unterstützung aus der Verwaltung sei nicht regelmäßig gegeben.

Ratsherr Rieth weist darauf hin, dass die Stadt Göttingen nach seiner Kenntnis jährlich ein Finanzvolumen von rd. einer halben Milliarde Euro bewege. Die Laienpolitiker des Rates hätten oftmals Entscheidungen zu treffen, über deren Hintergründe und Auswirkungen man sich oft gar nicht im Klaren sein könne.

So könnten z.B. ein unabhängiger Wirtschaftsprofessor und/oder ein unabhängiger Finanzjurist bei den weitreichenden Entscheidungen des Rates

Virtuelles Rathaus
Mitarbeiter/innen
Stadtrecht
Stadtplan
Statistik (GOESIS)

als beratende Mitglieder im Fachausschuss zumindest fachliche Informationen geben können.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion, die teilweise von den Sitzplätzen geführt wird, bittet Ratsherr Rieth darum, über diesen Antrag nochmals im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr zu beraten, um für den kommenden Rat eine entsprechende Regelung vorzubereiten. Der sich im November konstituierende Rat solle dann entscheiden, ob er diesem Vorschlag folgen wolle.

Beigeordneter Wucherpfennig teilt mit, dass die ALG-Ratsfraktion der Forderung nach weiteren Sachverständigen im „Finanzausschuss“ unterstütze. Bei einer direkten Abstimmung heute werde man sich jedoch enthalten, weil die Entscheidung darüber in die ausschließliche Kompetenz des dann neu gewählten Rates falle.

Einer Überweisung in den Fachausschuss könne man jedoch zustimmen.

Für die CDU/FDP-Gruppe teilt Ratsherr Pache mit, dass in Hinblick auf die Besetzungen der anderen Fachausschüsse die Forderung nach weiteren Sachverständigen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr durchaus vernünftig erscheine. Bisher sei es aber bei wichtigen Entscheidungen bereits üblich gewesen, sich für einzelne Themen externen Sachverständigen zu bedienen und Fachleute zu den Sitzungen einzuladen. Außerdem halte es die CDU/FDP-Gruppe ebenfalls für geboten, dass sich der „neue“ Rat mit dieser Thematik auseinandersetzen müsse, der sich seine Gremien selbst besetzen müsse. Daher sei auch eine Überweisung des Antrags jetzt nicht notwendig.

Für die B90/Die Grünen-Ratsfraktion teilt Ratsfrau Dr. Sakowsky mit, dass die Idee des Antrags auf jeden Fall überlegenswert sei und auch eine zeitnahe Beratung im Fachausschuss durchaus Sinn mache. Dort könne vorab schon geklärt werden, welche Fachleute man sich thematisch als beratende Sachverständige hinzuziehen sollte.

Seitdem die Stadt Göttingen viele ursprünglichen Kerngeschäfte ausgelagert und sich somit zu einem „Konzern“ mit rd. einem Dutzend neuer Gesellschaften, etc. entwickelt habe, bestünden neue Aufsichts- und Verwaltungsräte, die über die unterschiedlichsten Aufgaben Entscheidungen zu treffen hätten, die natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger interessierten. Ratsfrau Dr. Sakowsky weist weiter darauf hin, dass viele dieser Entscheidungen in nichtöffentlichen Sitzungen der Aufsichtsräte etc. getroffen werden müssten und dadurch wenig transparent seien. Die dort vorbereitenden Unterlagen würden erst im Anschluss im öffentlichen Finanzausschuss beraten werden. Häufig seien die Mitglieder des Ausschusses nicht mit den Details vertraut und würden den vorbereitenden Beschlussempfehlungen folgen, ohne inhaltlich nochmals auf Hintergründe etc. einzugehen.

Im Sinne einer öffentlichen Beratung dieser komplexen Themen – unterstützt durch sachverständige Dritte - bittet sie, der Überweisung zur weiteren Beratung zuzustimmen.

Beigeordneter Arndt teilt mit, dass die SPD-Ratsfraktion diesen Antrag direkt ablehnen werde und auch einer Überweisung nicht zustimmen könne.

Im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr sei immer die Finanzverwaltung mit dem Beteiligungsmanagement anwesend, die absolut ausreichende Sachkompetenz zur Entscheidungsfindung beitragen könne..

Darüber hinaus könne zum jetzigen Zeitpunkt keine Grundsatzentscheidung für den nächsten Rat getroffen werden.

Sollte bei komplexen Sachverhalten externe Unterstützung notwendig werden, können ggfls. Fachleute auch weiterhin zu den Sitzungen hinzugeladen werden.

Der eigentliche Sachverstand bestehe in den jeweiligen Aufsichtsräten. Hierzu hätten die Fraktionen intern zu entscheiden, wer mit entsprechenden Kenntnissen dorthin entsandt werden soll.

Beigeordnete Eiselt teilt mit, dass sie aufgrund eigener, jahrelanger Erfahrungen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr bestätigen könne, dass die Beteiligungsverwaltung die Entscheidungsfindung kompetent unterstütze. Ggfls. könnten sich außerdem die Fraktionen selbst Berater hinzuziehen, sollten Fragen bei einigen Sachverhalten zu klären sein.



Oberbürgermeister Köhler weist darauf hin, dass der Rat sich zu Beginn einer Wahlperiode eine Geschäftsordnung gebe, in der u.a. auch die Zahl und die Aufgaben seiner Fachausschüsse geregelt würde. Darüber hinaus beschließt der Rat auch, welche beratenden Mitglieder er in diesen Gremien aufnehmen wolle.

Ein heutiger Beschluss könne daher ohnehin nur bis zum Ende dieser Wahlperiode (31.10.2016) getroffen werden, da den Entscheidungen des „neuen“ Rates nicht vorgegriffen werden dürfe.

Nach dem Schlusswort des Rats Herrn Rieth, in dem er nochmals die Intention der Piraten-Ratsfraktion deutlich schildert und um eine Beratung im Fachausschuss bittet, wird eine Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr vom Rat mehrheitlich gegen 14 Ja-, und 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann wird der Antrag vom Rat mit Mehrheit gegen 2 Ja-Stimmen abgelehnt.